

Bloß nichts Falsches sagen

Die türkische Regierung überzog Wissenschaftler im Land schon vor dem Putschversuch mit Einschüchterungsversuchen. Jetzt treffen sie auch die Türkisch-Deutsche Universität in Istanbul. Ihr Rektor verteidigt die Repressionen. Und aus Deutschland kommen statt Proteste vor allem leise Töne.

von Jeannette Goddar

Horst Hippler ist Präsident der Hochschulrektorenkonferenz und beherrscht das, was Norddeutsche gern als „klare Kante“ bezeichnen. Das demonstrierte er auch wenige Tage nach dem versuchten Putsch in der Türkei, in dessen Folge unter anderen an den türkischen Hochschulen 1500 Dekane ihres Amtes enthoben wurden. „Auf das Schärfste“ protestierte Prof. Dr. Hippler für die deutschen Hochschulen gegen die „tiefen, offenbar skrupellosen Einschnitte in die akademischen Freiheiten“ und gegen den „Generalverdacht“ gegen Wissenschaftler.

Einen guten Monat später äußert sich allerdings Prof. Dr. Halil Akkanat, der Rektor der Türkisch-Deutschen Universität (TDU) in Istanbul, in der Wochenzeitung ZEIT mit Sätzen, die einem Generalverdacht doch recht nahekommen. Bei anonymen Kritikern der türkischen Regierung liege,

so Akkanat, „der Schluss nahe, dass auch sie Gülenisten sind“. Und, im nächsten Satz: „Zum terroristischen Netzwerk gehören auch Rektoren und Professoren, das dürfen Sie nicht vergessen.“

Nun wüsste man natürlich gerne von Horst Hippler, der via HRK immerhin auch Präsident der 35 deutschen Partneruniversitäten der TDU ist, was er davon hält. Doch Hippler lässt sich entschuldigen, er weile im Ausland. Er verweist auf den DAAD. Dieser wiederum lässt wenig später wissen, die beste Ansprechpartnerin sei Prof. Dr. Rita Süßmuth (CDU), Ex-Bundesministerin, Ex-Bundestagspräsidentin und Präsidentin des deutschen Hochschulconsortiums der TDU.

Formal mag nichts davon falsch sein. Dennoch wirft es ein bezeichnendes Licht darauf, wie schwer sich das deutsche Wissenschaftssystem damit tut, auf der akade-

mischen Freiheit in einer Einrichtung zu beharren, an der es beteiligt ist. Immerhin geht es bei der TDU um eine Universität, die erst im vierten Anlauf erfolgreich gegründet werden konnte und die nach einigen Anlaufschwierigkeiten in einer vielversprechenden Ausbauphase angekommen ist. Allein in diesem Wintersemester sollen fünf neue Studiengänge beginnen, das wird die Studierendenzahl von 535 auf 900 nahezu verdoppeln. Ein türkisches Hochschulranking platzierte die TDU jüngst auf dem ersten Platz. Es geht aber auch um eine Einrichtung, die als Prestigeprojekt mit einem beachtlichen Brimborium eröffnet wurde: Schulter an Schulter eröffneten beim offiziellen Festakt der türkische Staatspräsident Abdullah Gül und der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck 2014 den Campus.

Süßmuth stellt sich dem Gespräch

Rita Süßmuth, 79, stellt sich dem Gespräch. Anhand von Listen, die auf ihrem Schreibtisch liegen, berichtet sie von zwei (von fünf) des Amtes enthobenen Dekanen und sechs (von 118) dem türkischen Hochschulrat Yülseköğretim Kurulu (YÖK) gemeldeten wissenschaftlichen Mitarbeitern an der TDU. Sie alle, so Süßmuth, würden wegen des Verdachts der Zusammenarbeit mit der Gülen-Bewegung überprüft. Bezahlt würden sie jedoch weiterhin, auch seien keine der 33 deutschen Mitarbeiter unter ihnen.

Dem fügt Rektor Akkanat in einer schriftlichen Antwort auf Fragen der *duz* hinzu, bei den Suspendierungen handle es sich nicht um eine „TDU-spezifische Maßnahme“. Sondern der staatliche Hochschulrat habe alle Dekane in der Türkei aufgefordert, ihren Rücktritt einzureichen. Es handle sich nicht um Entlassungen. Akkanat: „Vielmehr möchte YÖK nach einer schnellen Überprüfung sich die Entscheidung über die Wiederernennung selbst vorbehalten.“

Und nun? „Nun habe ich gegenüber Prof. Akkanat deutlich gemacht, dass wir rechtsstaatliche Verfahren erwarten“, erklärt Süßmuth, „dazu gehört, dass jeder, gegen den nichts gefunden wird, auch wieder unverzüglich in den Dienst zurückkehren kann.“ Und sie gesteht, dass sich die Su-



Halil Akkanat, Rektor der Türkisch-Deutschen Universität (TDU), und Rita Süßmuth, die Vorsitzende des deutschen TDU-Hochschulconsortiums, bei der Aufnahme des Lehrbetriebs an der TDU 2013.

che nach gesicherten Informationen auch für die deutschen Partner kompliziert gestaltet: Die Recherchen seien „mühsam“, das TDU-Konsortium zurzeit noch nicht soweit, die Lage abschließend zu beurteilen. Erst mit mehr Informationen „werden wir entscheiden, ob und wie wir weitermachen können“, so Süßmuth. Als Bedingung, ohne die es nicht geht, bezeichnet sie den Erhalt der Freiheit von Forschung und Lehre. Diese ist auch in der türkisch-deutschen Regierungsvereinbarung verankert. Von einem Aus für das Projekt gehe sie nicht aus: „Wir werden weiter hart an der Klärung und der Rückkehr zur Normalität arbeiten. Dazu sind wir uns und auch dem türkischen Volk verpflichtet.“

Akkanats Äußerungen in der ZEIT interpretiert Süßmuth nicht so, dass er eine Verbindung von anonymen Kritikern der Türkei zu Gülenisten und Terroristen gezogen habe. Sondern der TDU-Rektor habe in dem Interview auch deutlich gemacht, dass in einem „demokratischen Staat Kritik kein Grund für eine Entlassung“ sei, und er habe hinzugefügt, dass „nicht alle Erdogan-Kritiker Gülenisten oder potenzielle Terroristen“ seien, so Süßmuth.

Längst allerdings äußern sich eine Reihe regierungskritischer Türken nicht mehr unter ihrem Namen. Etwa solche, die zu den jüngst mit dem Aachener Friedenspreis geehrten Akademikern für den Frieden gehören, die sich für ein Ende der Gewalt gegen die kurdische Bevölkerung im Südosten des Landes einsetzen. Auch manche in Deutschland lebende Stipendiaten der Philipp Schwartz-Initiative für gefährdete Wissenschaftler der Alexander von Humboldt-Stiftung – die zurzeit, das bestätigt der Sprecher der Initiative, ein deutlich gestiegenes Interesse aus der Türkei verzeichnen – mögen ihren Namen nicht nennen.

Den Rücken stärkt ihnen Yasemin Karakaşoğlu, Konrektorin für Interkulturalität und Diversität der Universität Bremen, an

„Ganz so viel Nachhilfe braucht es nicht“

der eine solche anonym bleibende Stipendiatin forscht. „Dafür kann es gute Gründe geben: den Schutz der Familie, die Sorge um die Wiedereinreise oder die Hoffnung, eines Tages wieder in der Türkei arbeiten zu können“, kommentiert Karakaşoğlu, die auch Vorstandsmitglied des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) ist. Sie selbst war zuletzt während des ver-

Viele Kritiker in der Türkei schweigen inzwischen oder äußern sich anonym. Vom Taksim-Platz sind sie auch verschwunden. Hier demonstrieren jetzt Anhänger des türkischen Präsidenten (Bild vom 23. Juli 2016).



Foto: Engin Korkmaz/123rf

suchten Putsches in der Türkei. Seit sie wieder in Deutschland sei, frage sie sich – wie ungezählte deutsch-türkische Akademiker –, ob ein Leben zwischen den Welten weiterhin so ohne Weiteres möglich sei. Im Umgang mit dem türkischen Hochschulrat tritt sie dennoch strikt dafür ein, „immer wieder auf die in einem Rechtsstaat unerlässliche Unschuldsvermutung hinzuweisen“.

Das, fügt sie hinzu, forderten allerdings auch viele Türken, auch in der Öffentlichkeit und in den Medien: „Ganz so viel Nachhilfeunterricht über Grundpfeiler der Demokratie, wie zurzeit erteilt, braucht es dann doch nicht. Auch in der Türkei leben kluge Intellektuelle und eine meinungsstarke kritische Öffentlichkeit.“

Zu dieser gehört die Soziologin Aslı Vatansever, die bereits im Februar in der *duz* (*duz* MAGAZIN 03/2016) eindrücklich beschrieb, wie hunderte Akademiker behandelt wurden, nachdem sie den Appell „Wissenschaftler für den Frieden“ unterzeichnet hatten: „Wir werden mit Terrorpropaganda beschuldigt, an Leib und Le-

ben bedroht, öffentlich abgestempelt und absichtlich allen möglichen Angriffen ausgesetzt.“ Und heute? Kämpft sie weiter, und zwar unter ihrem Namen. Das gehöre zu ihrer Verantwortung als Wissenschaftlerin: „Ich kann mir den Luxus nicht erlauben, meine Sicherheit oder mein eigenes Wohl über meine Aufgabe als Wissenschaftlerin stellen und mich zurücklehnen und zucken, während die Unis von uns ‚gereinigt‘ werden“, sagt die 36-Jährige. Der Preis dafür ist allerdings hoch. Noch während gegen sie ermittelt wurde, erhielt sie von ihrem Arbeitgeber, einer privaten Universität in Istanbul, ein Entlassungsschreiben. Nun, ein halbes Jahr später, sind die Koffer gepackt. Ziel: Das Zentrum Moderner Orient in Berlin. Und das, obwohl sie gar nicht vorhatte auszuwandern, sagt Vatansever: „Aber hier in der Türkei kann ich offensichtlich auf absehbare Zeit keinen Job mehr finden. Da muss ich versuchen, an einem anderen Ort ganz von vorn anzufangen.“

Jeannette Goddar
ist Journalistin in Berlin.